

Dringlichkeitsantrag: Ende des Tötens, Wege zum Frieden



49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel)
Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge
Status: Zurückgezogen

Antragstext

1 Die Angriffe der Hamas auf Israel am 7. Oktober sind eine Zäsur. Die Hamas-Terroristen haben
2 auf brutale Weise weit über tausend Menschen ermordet und über 240 Geiseln genommen.
3 BÜNDNIS
4 90/DIE GRÜNEN verurteilt diesen Terrorakt aufs Schärfste. Wir stehen nach diesen
5 fürchterlichen Taten fest an der Seite Israels und seiner Bürger*innen. Wir trauern mit den
6 Angehörigen der Opfer. Wir zollen allen Respekt, die in diesen schweren Stunden Menschen
7 gerettet, Verwundete und Hinterbliebene betreut haben.

8 Die besondere Beziehung Deutschlands zu Israel muss vor dem Hintergrund des historischen
9 Zivilisationsbruches, des staatlich organisierten und systematisch durchgeführten Mordes an
10 sechs Millionen Jüdinnen und Juden im nationalsozialistischen Deutschland, gesehen werden.

11 Der Staat Israel wurde 1948, drei Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs, gegründet und sein
12 Existenzrecht ist für das Nachkriegsdeutschland deshalb ein wesentlicher Bestandteil der
13 außenpolitischen Orientierung geworden, genauso wie das Diktum „Nie Wieder“, in dem Sinn,
14 dass jüdisches Leben in Deutschland sicher sein muss. Denn dies gilt für unsere
15 grundgesetzlich geschützten Werte, die natürlich für alle in Deutschland lebenden Menschen,
16 unabhängig von ihrer religiösen und weltanschaulichen Orientierung, gelten.

16 **SICHERHEIT VERTEIDIGEN, VÖLKERRECHT BEACHTEN, MENSCHEN SCHÜTZEN**

17 Israel hat wie jeder andere Staat das in Artikel 51 der UN-Gründungscharta völkerrechtlich
18 verbrieftete Recht, sich gegen einen bewaffneten Angriff zu verteidigen, damit die Regierung
19 ihrer Pflicht nachkommen kann, ihre Bürger*innen dauerhaft zu schützen. Dabei müssen die
20 übernommenen Selbstverteidigungsmaßnahmen in Rahmen, Umfang, Dauer und Intensität
21 verhältnismäßig sein.

22 Unter dem Krieg zwischen Israel und der Hamas leidet vor allem auch die palästinensische
23 Zivilbevölkerung, die völkerrechtswidrig von Wasser, Benzin, Strom, Nachrichtenverbindungen
24 und Nahrungsmitteln sowie von medizinisch notwendigen Medikamenten und Materialien
25 abgeschnitten wird, da die israelische Regierung Gaza abgeriegelt hat und alle Zugänge
26 kontrolliert. Die Behinderung der Lieferung von Trinkwasser, Nahrungsmitteln, Medikamenten
27 und Energie verstößt gegen das internationale Völkerrecht und muss beendet werden. Das Leid
28 der Menschen in Gaza, die unter schwersten Bedingungen der Besatzung leben müssen, macht
29 uns
30 tief betroffen.

30 Die verschärfte Blockade des Gazastreifens muss beendet werden. Schwerkranke,
31 Schwerverletzte, ältere Menschen, Neugeborene und traumatisierte Kinder und Jugendliche
32 müssen schnellstmöglich in Krankenhäuser in das benachbarte Ausland überführt werden, weil
33 die medizinische Versorgung in Gaza seit dem israelischen Angriff nicht mehr gewährleistet
34 ist und somit die nächste humanitäre Katastrophe droht.

35 Wir stehen uneingeschränkt an der Seite der israelischen Bevölkerung. Jedoch stehen wir auch
36 fest an der Seite der Zivilbevölkerung in Palästina. Wir fordern, dass die humanitäre Hilfe
37 die notleidenden Menschen im Gaza-Streifen, die unter einem permanenten Kriegszustand
38 leiden, erreicht. Dort gibt es für die 2.1 Millionen Einwohner*innen, von denen mehr als die
39 Hälfte jünger als 20 Jahre ist, keine sicheren Zufluchtsorte. Dafür sind ein humanitärer
40 Waffenstillstand und sichere Korridore von entscheidender Bedeutung.

41 Die Hamas und andere extremistische Gruppen müssen sofort alle Geiseln freilassen und
42 umgehend ihre Raketenangriffe einstellen.

43 Der Terrorangriff der Hamas entbindet Israel nicht, sich an die völkerrechtlichen Regeln
44 auch im Kriegsfall zu halten. Sicherheit muss es auch bedingungslos für die palästinensische
45 Zivilbevölkerung, insbesondere für Frauen und Kinder geben. Angriffe auf Krankenhäuser sind
46 nicht akzeptabel.

47 Wir fordern die strikte Einhaltung des humanitären Völkerrechts durch alle Kriegsparteien,
48 in Israel, im Gazastreifen und im Westjordanland.

49 Wir zollen Respekt den Freiwilligen, Mitarbeiter*innen von Hilfsorganisationen, sowie
50 Journalist*innen, die bei ihrer Arbeit vor Ort ihr Leben riskieren. Wir gedenken der
51 zahlreichen unschuldigen Opfer in deren Reihen.

52 **NACH DEM KRIEG**

53 Wir fordern eine UN-koordinierte Wiederaufbauhilfe für den Gazastreifen, an der sich auch
54 die EU beteiligen soll. Dieser kann nur in einem gesicherten und stabilisierten Umfeld
55 stattfinden.

56 Daher befürworten wir die Prüfung der Entsendung von UN-Friedenstruppen in den Gazastreifen
57 und ins Westjordanland, um in enger Zusammenarbeit mit den palästinensischen
58 Sicherheitsbehörden dauerhaft weitere Terroraktionen zu verhindern. Dazu unterstützen wir
59 die Förderung von zivilgesellschaftlichen Organisationen. Dies muss ein intensives
60 Engagement zur Vertrauensbildung zwischen den israelischen und palästinensischen
61 Bewohner*innen umfassen, denn nur durch Respekt und Verbundenheit ist Frieden möglich.

62 Wir unterstützen eine dauerhafte Friedenslösung wie die Zweistaatenregelung auf Grundlage
63 der „Oslo-Abkommen“, der nachfolgenden Abkommen und Vereinbarungen und der
entsprechenden
64 UN-Resolutionen.

65 Diese Friedensinitiative muss gegen alle extremistischen Gruppierungen auf beiden Seiten
66 durchgesetzt werden. Dabei sind wir offen für alternative Friedenslösungen. In jedem Fall
67 muss dauerhaft gewährleistet sein, dass Israelis und Palästinenser*innen als
68 gleichberechtigte Bürger*innen in gesicherter Rechtsstaatlichkeit leben können. Wir sehen
69 hier die deutsche Regierung in der Pflicht, initiativ zu werden.

70 Wir verurteilen die Besatzungspolitik der israelischen Regierung, welche die fortwährende
71 rechtswidrige Landnahme durch jüdische Siedler*innen unterstützt. Ebenso verurteilen wir die
72 gewalttätigen Übergriffe der Rechtsextremen und der radikalen Siedler*innen im
73 Westjordanland. Diese Gewalt nimmt täglich mit zahlreichen Toten und Verletzten zu.

74 Wir fordern die amtierende Regierung Israels auf, diese Gewalttaten umgehend zu unterbinden
75 und juristisch zu verfolgen, dazu gehören auch die dokumentierten Übergriffe des
76 israelischen Militärs.

77 Wir begrüßen die Anstrengungen der Bundesregierung, sich gerade in der aktuellen Lage für
78 einen erneuten Friedensprozess einzusetzen.

79 Wir unterstützen den UN-Generalsekretär, der zur Lösung des Konfliktes dazu aufruft, sich
80 mit dessen Ursachen kritisch und aus verschiedenen Perspektiven auseinanderzusetzen.

81 **GEFAHR EINES FLÄCHENBRANDES MUSS EINGEGRENZT WERDEN**

82 Wir unterstützen unsere Außenministerin in ihrem Bestreben auf die Regionalmächte und
83 Milizen wie Hisbollah, die Huthi-Rebellen und andere regionale Extremisten, in den
84 israelisch-palästinensischen Konflikt nicht militärisch einzugreifen und stattdessen auf
85 eine Deeskalation hinzuwirken.

86 Ohne wirksame Friedensinitiativen droht eine Ausweitung des Konflikts mit Beteiligung des
87 Iran und seiner Bündnispartner zu einem unkontrollierbaren Flächenbrand bis hin zum Einsatz
88 von Atomwaffen und zu Angriffen auf Atomanlagen.

89 **WIR BEKÄMPFEN DEN ANTISEMITISMUS IN DEUTSCHLAND**

90 Der Krieg hat Auswirkungen weit über Nahost hinaus. Aktuell gibt es eine erhöhte
91 Gefahrenlage für Jüdinnen und Juden und Israelis auf der ganzen Welt. Gleichzeitig werden
92 Muslime und muslimische Einrichtungen angegriffen, weil sie unter Generalverdacht gestellt
93 werden, sich antisemitisch zu verhalten. Antisemitismus in Deutschland ist vor allem dem
94 rechten Lager zuzuschreiben. Wir verurteilen auf das Schärfste antijüdische Äußerungen und
95 Übergriffe. Tätliche wie verbale Angriffe auf jüdische Einrichtungen in Deutschland und auf
96 alle hier lebenden Jüdinnen und Juden sind völlig inakzeptabel.

97 Dies gilt ebenfalls für das vielfältige muslimisch geprägte Leben in Deutschland, das ein
98 Teil dieser offenen Gesellschaft ist. Wir treten Antisemitismus, insbesondere der Gewalt
99 gegen jüdische Menschen und Institutionen in Deutschland entschieden entgegen. Israelis
100 müssen frei und sicher in Deutschland leben können – ohne die Angst, ihre Religion und
101 Identität sichtbar zu machen. Kundgebungen, auf denen die Hamas verherrlicht und gefeiert
102 wird, verstoßen gegen gültiges Recht und sind nicht duldbar. Wer aber meint, das Problem des
103 Antisemitismus ließe sich einfach durch mehr Abschiebungen lösen, hat das Problem
104 „Antisemitismus“ nicht verstanden. Wir brauchen Informationen, Aufklärung und Bildung gegen
105 Antisemitismus. Die staatlichen Geldmittel und Förderprogramme dazu müssen stark erhöht
106 werden.

107 Dabei achten wir darauf, die Pluralität jüdischer Stimmen anzuerkennen und wertzuschätzen.
108 Das Demonstrationsrecht der hier lebenden Palästinenser*innen sowie das Recht auf
109 Demonstration und Solidarisierung mit der Zivilbevölkerung in den palästinensischen Gebieten
110 muss selbstverständlich gewährleistet sein. In Deutschland leben zahlreiche Menschen mit

111 familiären, freundschaftlichen und emotionalen Verbindungen in die palästinensischen Gebiete
112 und die gesamte Region. Ihre Sorge um die Menschen im Gaza-Streifen und der ganzen Region,
113 ihre Trauer um die zivilen Opfer gehören zu unserem Land. Gewaltfreie politische Äußerungen,
114 die Kritik am Vorgehen der israelischen Regierung beinhalten, gehören zur Ausübung der
115 Meinungs- und Versammlungsfreiheit, die für jede Demokratie grundlegend sind.

116 Wir stellen uns entschieden gegen Rassismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit. Wir
117 stehen immer an die Seite aller von Gewalt und Diskriminierung Betroffenen.

Begründung der Dringlichkeit

Die weiteren Ereignisse nach Einstellen des D3 erforderten u.E. eine erneute Überarbeitung und Aktualisierung.

Verfahrenhinweis: Der Antrag kann u.E. sowohl als ÄA auf D3 (als Globalalternative), also D3Neu oder als neuer Dringlichkeitsantrag D4 gewertet werden, ersetzt aber auf jeden Fall D3, dieser wird nach Einstellung und Freischaltung zurückgezogen.

Begründung

erfolgt mündlich

weitere Antragsteller*innen

Maria Regina Feckl (KV Erding); Martin Pilgram (KV Starnberg); (KV Recklinghausen); Gabriele Fürstenberg (KV Köln); David Baltzer (KV Berlin-Kreisfrei); Martin Forberg (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Tanja Achenbach (KV Berlin-Mitte); Zohra Mojadeddi (KV Hamburg-Wandsbek); Sümeyye Dogan (KV Hamburg-Bergedorf); Frauke Neumann-Silkow (KV Frankfurt); Horst Schiermeyer (KV Görlitz); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Sabine Hebbelmann (KV Odenwald-Kraichgau); Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg); Rainer Albrecht (KV Heilbronn); Ralf Henze (KV Odenwald-Kraichgau); Kristin Kosche (KV Rhein-Lahn); Brigitte Kowalsky (KV Ludwigslust-Parchim); Joanna Kiliszek (KV Havelland); sowie 36 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.